

JAHRESBERICHT 2011



Porträt	4
Das Wirtschaftsjahr 2011	5
Vernehmlassungen und Abstimmungen	10
Zusammenarbeit	18
Verbandsaktivitäten	20
Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus	22
Jahresrechnung 2011	24
Revisorenbericht 2011	26
Verbandsorganisation 2011	27

PORTRÄT



WER WIR SIND

Handelskammer und Arbeitgeberverband ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus Industrie, Handel und Dienstleistung rekrutieren.

Der Vorstand besteht aus 25 Spitzenleuten aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Tourismus. Dieser bestimmt die Richtlinien der Verbandspolitik.

WOFÜR WIR UNS STARK MACHEN

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden bezweckt die Vertretung und die Förderung der Interessen der Wirtschaft aus Handel, Industrie, Dienstleistung, Tourismus sowie freien Berufen gegenüber Bund, Kanton, Öffentlichkeit und anderen

Organisationen unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten. Handelskammer und Arbeitgeberverband setzt sich für die branchenübergreifenden Interessen der Arbeitgeberschaft und für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Graubünden ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden macht sich stark für möglichst günstige Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft und setzt sich für eine privatwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik auf regionaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden engagiert sich für

- Günstige Rahmenbedingungen für die Bündner Wirtschaft;
- Geordnete politische Verhältnisse;
- Eine niedrige Steuer- und Gebührenbelastung;

- Eine unternehmensfreundliche Raumplanungs- und Verkehrspolitik;
- Ein hohes Bildungsniveau und wirtschaftsnahe Bildungsinhalte;
- Eine freiheitliche Energiepolitik;
- Eine liberale Aussenwirtschaftspolitik

Die Vertretung der Interessen der Mitglieder erfolgt durch Tätigkeiten in Kommissionen und politischen Gremien, durch Mitwirkung bei Vernehmlassungen sowie durch Vorstösse und persönliche Kontakte. Wir nehmen Stellung zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik im Kanton Graubünden. Im Vordergrund der politischen Arbeit von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden stehen die Aktivitäten im Kanton Graubünden. So engagieren wir uns auch bei Wahlen und Abstimmungen, geben Empfehlungen ab und wirken in Kampagnen mit.

Ferner erbringt Handelskammer und Arbeitgeberverband folgende Dienstleistungen:

- Ursprungszeugnis- und Beglaubigungsdienst
- Exportberatungen
- Kontaktvermittlungen

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2011



DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2011 INTERNATIONAL

Die Erholung der Weltwirtschaft verlor im Jahr 2011 an Kraft, und der Welt-handel kühlte sich ab. War die globale Industrieproduktion im Vorjahr noch um rund 10 % gestiegen, legte sie 2011 lediglich halb so stark zu. In der ersten Jahreshälfte litt die Weltwirtschaft zudem unter den Folgen der japanischen Erdbeben- und Flutkatastrophe. Im weiteren Verlauf des Jahres entwickelte sich die europäische Staatsschuldenkrise zu einer Bedrohung für die Weltwirtschaft. Die damit verbundene zunehmende Unsicherheit über die Wachstumsaussichten drückte allgemein auf die Stimmung der Unternehmen und Haushalte sowie der Finanzmärkte. In den USA wuchs das Bruttoinlandprodukt (BIP) im Jahr 2011 um 1,7 %, nachdem es im Vorjahr um 3 % gestiegen war. Die hohen Energiepreise sowie das geringe Einkommens- und Beschäftigungswachstum drückten auf die Nachfrage. Auch blieb die Lage am Immobilienmarkt infolge des anhaltenden Überhangs an leer stehenden Häusern schwierig, so dass von der Bauwirtschaft weiterhin kaum Nachfrageimpulse ausgingen. In der Eurozone stieg das BIP mit 1,4 %

ungefähr gleich stark wie im Vorjahr. Die Wirtschaft entwickelte sich allerdings von Land zu Land unterschiedlich. In hochverschuldeten Mitgliedsländern wie Griechenland und Portugal bildete sich die Wirtschaftstätigkeit infolge der drastischen staatlichen Sanierungsprogramme und der gestiegenen Finanzierungskosten markant zurück. Die japanische Wirtschaft geriet wegen der Erdbeben- und Flutkatastrophe an der Ostküste im ersten Halbjahr in eine Rezession. Trotz Ausgleichs im dritten Quartal blieb die wirtschaftliche Lage schwierig, da die starke Aufwertung des Yens gegenüber dem Euro und dem US-Dollar die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure beeinträchtigte. Die aufstrebenden Volkswirtschaften entwickelten sich im Jahre 2011 robust und wirkten damit den dämpfenden Effekten auf die Weltwirtschaft entgegen, die von der Wachstumsverlangsamung in den fortgeschrittenen Ländern ausgingen. Die Wirtschaft Chinas expandierte mit 9,2 % allerdings leicht schwächer als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Auch die indische Wirtschaft wuchs mit 7,1 % etwas weniger stark als im Vorjahr.



DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2011 IN DER SCHWEIZ

Die zunehmende Verschlechterung des internationalen Umfelds im Jahr 2011 hinterliess in der Schweizer Wirtschaft deutliche Spuren. Insgesamt legte das BIP um 1,9 % zu, nachdem es im Vorjahr noch um 2,7 % gewachsen war. Im Sommer beeinträchtigte die starke Aufwertung des Frankens die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Firmen massiv. Die Einführung des Mindestkurses von CHF 1.20 für den Euro am 6. September entschärfte die Situation und erleichterte vielen Unternehmen die Planung. Mit der konjunkturellen Verlangsamung bildete sich auch die Auslastung der Kapazitäten zurück. Die Arbeitslosigkeit nahm in den letzten Monaten des Jahres erstmals nach fast zwei Jahren wieder leicht zu.

Die Exporte von Waren und Dienstleistungen verloren im Jahr 2011 als Folge der Frankenstärke und der Abkühlung der internationalen Konjunktur deutlich an Schwung. Die Importe legten trotz des starken Frankens nur wenig zu. Die Ausrüstungsinvestitionen büssten im Laufe des Jahres deutlich an Dynamik ein. Die Bauinvestitionen blieben eine Konjunkturstütze. Bei den Wohn- und Bauinvestitionen wirkten sich die günstigen Finanzierungsbedingungen und die anhaltende Zuwanderung positiv aus. Der Tiefbau profitierte vor allem von Infrastrukturprojekten der öffentlichen Hand und zeigte sich dement-

sprechend robust. Das Wachstum des privaten Konsums fiel im Jahr 2011 mit 1 % deutlich schwächer aus als im Vorjahr. Die Beschäftigung nahm im Jahre 2011 sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungssektor zu. Gleichzeitig sank die Arbeitslosenquote.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2011 IN GRAUBÜNDEN

(gemeinsamer Bericht mit dem Bündner Gewerbeverband)

Die Bündner Wirtschaft hat sich 2011 insgesamt auf leichtem Wachstumskurs bewegt. Die vor allem für die Exportwirtschaft ungünstige Währungssituation wirkte sich dabei recht unterschiedlich auf die einzelnen Wirtschaftszweige aus. Die Warenexporte aus Graubünden ins Ausland konnten 2011 leicht um 1,7 % gesteigert werden (Schweiz: 2,15 %), insgesamt wurden im letzten Jahr Bündner Waren im Wert von CHF 2,07 Mia. exportiert. Zum Wachstum beigetragen haben vor allem die stark gestiegenen Ausfuhren nach China. China ist neu nach Deutschland und Frankreich bereits der drittgrösste Absatzmarkt für Bündner Waren. Die Exporte in die Nachbarländer Österreich und Italien gingen relativ stark zurück. Von den quantitativ bedeutsamen Exportbranchen konnte vor allem die Maschinenindustrie ein deutliches Plus verzeichnen. Erwartungsgemäss stärker unter der Euro-Krise hat der Bündner Tourismus gelitten; die Logiernächte der Hotellerie sanken im Kalenderjahr 2011 gegen-

über dem Vorjahr um 7,6 %. Die im Vergleich zu anderen Regionen geringere Diversifikation der Herkunftsmärkte macht sich nun bemerkbar; zwar verzeichnet Graubünden bei aussereuropäischen und hier vor allem asiatischen Gästen auch beachtliche prozentuale Zuwächse, in absoluten Zahlen sind diese jedoch von stark untergeordneter Bedeutung. Die direkten Schweizer Mitbewerber Wallis (-4,4 %), Berner Oberland (-2,5 %), Tessin (-4,6 %) sowie die Ferienregion Luzern / Vierwaldstättersee (-1,2 %) verzeichneten 2011 ebenfalls einen Rückgang an Logiernächten – die grossen Schweizer Städte hingegen konnten ihre Frequenzen auch im letzten Jahr steigern. So beträgt der gesamtschweizerische Rückgang nur -2,0 %.

Von den 16'572 (17'693) erteilten Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte entfielen 11'691 (12'770) auf Kurzaufenthalter EU, 1'361 (1'460) auf Jahresaufenthalter EU, 3'375 (3'280) auf Grenzgänger, 86 (108) auf Kurzaufenthalter Drittstaaten, 7 (17) auf Jahresaufenthalter Drittstaaten und 52 (58) auf selbstständig Erwerbstätige. Ferner wurden für maximal 90 Arbeitstage von Unternehmen in Graubünden 3'208 (2'814) und von ausländischen Betrieben 6'590 (5'845) Arbeitnehmer gemeldet.

Die mittlere Arbeitslosenquote betrug im 2011 in Graubünden 1,6 % (Schweiz: 3,1 %). Ende Februar 2012 waren in Graubünden mit 1'822 leicht mehr Personen arbeitslos als im Vorjahr.

Ende 2011 waren beim Amt für Berufsbildung 5'964 (5'977) Lehrverträge registriert. Im Berichtsjahr wurden 1'995 (2'004) Lehrverträge neu abgeschlossen, 534 wurden aufgelöst oder umgewandelt.

Im **Tourismusjahr** 2010/2011 hat sich der überbewertete Schweizer Franken massiv ausgewirkt. Die Bündner Hotellerie verbuchte 2011 noch 5,4 Mio. Übernachtungen und verlor damit innert Jahresfrist 400'000 Logiernächte. Zwar gelingt es, neue Gäste für Graubünden zu begeistern, aber sie bleiben immer kürzer. Das Winterhalbjahr bleibt für den Bündner Tourismus der eigentliche Wertschöpfungsmotor, auch wenn sich bei den Übernachtungen das Verhältnis Winter/Sommer tendenziell in Richtung Sommer bewegt (Winter 55 %, Sommer 45 %). Aus dem Schweizer Markt verzeichnete die Bündner Hotellerie im gesamten Tourismusjahr 2011 eine leichte Abnahme um -2,9 %. Ausser aus dem GRF-Aufbaumarkt Polen resultierten aus den übrigen Aufbaumärkten Logiernächte-Rückgänge (Deutschland -14 %, UK -15,4 %, Belgien -12,3 %, Niederlande -10,4 %).

Die 47 Mitglieder von **Bergbahnen Graubünden** mussten im Geschäftsjahr 2010/11 einen Rückgang des Gesamtumsatzes von 4,7 % hinnehmen. Der Verkehrsertrag ging gar um 5,3 % (Winter 5,7 %, Sommer 3,1 %) zurück. Die Anzahl der Gäste bzw. der Ersteintritte liegt 4,6 % unter dem Fünfjahresdurchschnitt.

Trotz anspruchsvoller Rahmenbedingungen konnte die **Rhätische Bahn** einen Gewinn von CHF 52 391.00 erzielen. Das Ergebnis war durch einen Ertragsrückgang in der Sparte Personenverkehr (CHF 1,1 Mio.) aufgrund der anhaltenden Frankenstärke geprägt. Im Güterverkehr wurden die Vorjahreseinnahmen um 3,4 % übertroffen. Im Autoreiseverkehr lag der Ertrag von CHF 13,8 Mio. leicht über den bereits hohen Vorjahreswerten. Aufgrund der weiterhin hohen Investitionstätigkeit in allen Sparten sowie ausserordentlicher Wertberichtigungen in der Infrastruktur war im Berichtsjahr eine Kostensteigerung von 1,5 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die weltweit in den Geschäftsbereichen Polymere Werkstoffe und Feinchemikalien/Engineering tätige **Ems-Gruppe** steigerte 2011 den Nettoumsatz um 3,9% auf CHF 1'658 Mio. (1'596) und das Betriebsergebnis (EBIT) um 4,4 % auf CHF 294 Mio. (282). Gegenüber dem Vorjahr verzeichneten alle Verkaufsregionen ein Umsatzwachstum (in lokalen Währungen) im zweistelligen Prozentbereich. Ende Dezember beschäftigte die Ems-Gruppe total 2'242 (2'256) Mitarbeiter (ohne Lernende), davon 1'013 (1'023) in der Schweiz, ferner 134 (138) Lernende in 13 Berufen.

Obwohl eines der schwierigsten Jahre in der Firmengeschichte, konnte **Hamilton Bonaduz AG** das Vorjahresergebnis um 5 % übertreffen und damit einen neuen Rekord erzielen. Im lau-

fenden Jahr konnte die Mitarbeiterzahl in Bonaduz um 50 auf 750 erhöht werden. Das grösste Wachstum entstand in den Sparten Medizinaltechnik und Laborautomation. Auch die Sparte Messtechnik und Sensorik konnte markant zulegen.

Auch wenn der Umsatz bei **CEDES AG** stagnierte, wurden rund 25 % mehr Geräte als im Vorjahr hergestellt und ausgeliefert. Dies ist umso bemerkenswerter, als 85 % des Umsatzes in US-Dollar, Euro und Yuan erzielt werden. Dazu gesellte sich ein massiver Preiszerfall von bis zu 15 % auf dem Hauptumsatzträger, den Lichtvorhängen für die Absicherung von Aufzugstüren. Der Umsatz belief sich auf CHF 47,5 Mio. der EBIT auf CHF 4,3 Mio. und der Konzerngewinn aus operativer Tätigkeit auf CHF 2,6 Mio. Insgesamt wurden 403 Mitarbeitende (428) beschäftigt.

Nachdem die **Freymatic AG** in Felsberg das dritte Jahr in Folge ungenügenden Auftragseinganges in ihrer klassischen Kernkompetenz, den Ziegelmaschinen, hatte, wurde Ende 2011 eine weitere Diversifikation aufgegleist. Es handelt sich dabei um eine Veredelung von Metalloberflächen, sodass das behandelte Werkstück eine bedeutend längere Lebensdauer aufweist. Unterdessen hat auch der Ziegelmarkt und der Swisscarbonbereich, eine Tochterfirma, wieder etwas angezogen.

Die **Würth Gruppe** erzielte im Jahr 2011 mit EUR 9,7 Mia. einen neuen Umsatzrekord. Auch in der Schweiz

ist der Jahresumsatz um 11,9 % auf EUR 793,4 Mio. gestiegen. Total waren 1'638 (1'494) Mitarbeitende für die Gesellschaften der Würth Gruppe Schweiz tätig.

Die Gesamtleistung der **Repower-Gruppe** stieg im 2011 um 11 % auf CHF 2'523 Mio. Der Stromabsatz lag mit 18,9 Terawattstunden nur leicht unter dem Vorjahreswert. Im Vertrieb wurden mit 6,4 Terawattstunden um 40 % mehr Strom als im Vorjahr abgesetzt, der Stromabsatz im Handel sank um 17 % auf 12 Terawattstunden. Der Gruppengewinn beläuft sich auf CHF 54 Mio. (-30 %). Das Ergebnis von CHF 130 Mio. ist angesichts des schwierigen Umfelds und im Branchenvergleich beachtlich.

Die **Graubündner Kantonalbank** ist im Geschäftsjahr 2011 deutlich stärker als erwartet gewachsen. Der Netto-Neugeldzufluss betrug CHF 1,4 Mrd. und das Hypothekarwachstum 6,8 % auf CHF 11,8 Mrd. Der Bruttogewinn konnte leicht auf CHF 208,9 Mio. gesteigert werden. Der Erfolg aus Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft sank aufgrund des geringen Anlagevolumens und rückläufigen Werteschriftentransaktionen um 5,3 %. Der Personalaufwand reduzierte sich bei leicht höherem Personalbestand um CHF 1,9 Mio. Beim Konzerngewinn konnte das hohe Niveau von 2010 trotz schwieriger Marktumstände mit CHF 153 Mio. gehalten werden. Vom guten Resultat profitierten Kanton und Investoren. Die Dividende pro PS be-



trug CHF 38.00 (total CHF 95 Mio.), die Ausschüttung an den Kanton betrug CHF 86,9 Mio.

Die **Südostschweiz Medien (SOM)** erzielten im Geschäftsjahr 2011 mit CHF 135,7 Mio. einen leicht höheren Betriebsertrag. Cashflow (-24 %) und Jahresgewinn (-63 %) bildeten sich zurück. Auch der SOM machten die Finanz- und Euro-Krise im Bereich Kundendruck zu schaffen. Erfreulich gut entwickelten sich das Anzeigengeschäft im Raum Südostschweiz, obwohl dieses national rückläufig war, sowie die Web-Agentur New Media. Die elektronischen Medien, vor allem Radio Grischa, erzielten erfreuliche Werte, dies ebenfalls entgegen dem gesamtschweizerischen Trend.

Die **ÖKK** blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück, in welchem alle Gesellschaften ein positives Ergebnis erzielten. Das Prämienvolumen stieg um CHF 39,3 Mio. bzw. 7,5 %. Die Bruttoleistungen sind im Berichtsjahr um CHF 36,0 Mio. bzw. 8,5 % gestiegen. Der konsolidierte Gewinn fiel mit CHF 8,4 Mio. um CHF 2,3 Mio. tiefer als im Vorjahr aus.



Heineken Switzerland AG konnte im Kanton Graubünden trotz stagnierendem Biermarkt und schwierigem wirtschaftlichem Umfeld das Vorjahresniveau halten. Die verregneten Sommermonate Juni/Juli und der starke Schweizer Franken mit Auswirkungen auf den Tourismus waren jedoch spürbar. Nach wie vor scheint es wichtig, die Kräfte im Kanton auf die touristische Entwicklung zu fokussieren.

Trotz negativen Tendenzen in der Branche war bei der **Allegra Passanger Mineralquellen AG** ein überdurchschnittlich starkes Wachstum zu verzeichnen. In den Kernmärkten Graubünden und Zürich nahmen die Verkäufe im Berichtsjahr um über 20 % zu, gesamtschweizerisch um 6,8 %. Disziplinierter Fokus auf die Kernmärkte, Innovation und respektvoller Umgang mit Traditionen sind Treiber des Motors in Passugg.

Trotz erschwelter Marktbedingungen erzielte die **Frostag Food-Zentrum AG** mit ihrer Tochtergesellschaft La Pastoria Fattoria AG ein gutes Resultat. Der Umsatz konnte erneut gesteigert werden. Der auf die Euro-Kri-

se zurückzuführende Umsatzrückgang des Detailhandels war ebenfalls spürbar. Durch die Realisierung neuer Projekte konnte die Lücke jedoch wieder geschlossen werden.

Die Exporte von **Bündnerfleisch** konnten trotz der Frankenstärke im Vergleich zum Vorjahr markant gesteigert werden. Dies war nur möglich, weil die dafür benötigten Rohstoffe im Ausland zu Weltmarktpreisen beschafft werden konnten. Der Inlandabsatz von Bündner Fleisch hat sich hingegen erneut leicht rückläufig entwickelt. Insgesamt sind in der Schweiz rund 860 Tonnen und im Ausland rund 2'260 Tonnen verkauft worden.

TRUMPF Schweiz hat mit einem Wachstum von 61 % auf CHF 662 Mio. den Vorjahresumsatz von CHF 411 Mio. klar übertroffen. Ein noch stärkeres Wachstum wurde wegen des starken Schweizer Frankens verfehlt, da 90 % des Umsatzes im Export erzielt werden. Mit CHF 54 Mio. erreichte der EBIT ein deutlich höheres Niveau.

Die **Bündner Bauwirtschaft** verzeichnete 2011 ein sehr erfreuliches Jahr mit guter Auslastung. Tiefe Zinsen, hohe Nachfrage nach privatem Wohnraum sowie das anhaltend hohe Investitionsniveau der öffentlichen Hand brachten Umsatzsteigerungen von 4,4 % im Hoch- resp. 6,5 % im Tiefbau.

Obwohl die Bautätigkeit boomt, profitierte die hiesige **Holzindustrie** wenig davon, die Produktion hielt mit dem

Verbrauch nicht Schritt. Weit schwerer als der Ausfall des Grosssägereiwerks in Domat/Ems wiegt der Währungseinfluss.

Die **Transport- und Logistikbranche** konnte in der ersten Jahreshälfte von der weitgehend noch guten Konjunkturlage profitieren. Nach den Sommermonaten hat sich die Auftragslage gegen Ende Jahr verschlechtert und die Transportvolumina gingen tendenziell zurück. Im Nahverkehr konnte das Transportgewerbe vom nach wie vor anhaltenden Bauboom profitieren, was zu einer allgemein guten Beschäftigungslage führte. Wegen Neuausschreibung der Transportvolumina durch die Verladerschaft war erneut eine spürbare Margenerosion zu verzeichnen.

Die rückläufigen touristischen Frequenzen haben sich – regional unterschiedlich – zum Teil auch deutlich auf den **Detailhandel** ausgewirkt.

Die **Weinernte** 2011 betrug 24'000 Hektoliter. Damit liegt die Ernte 7 % über dem zehnjährigen Mittel. Der Blauburgunder erreichte mit 99 Grad Öchsle einen optimalen Wert.

VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN

Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und hotelleriesuisse Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Einzelne Vorlagen wurden auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Sie finden die Vernehmlassungen im vollen Wortlaut auf unserer Homepage (www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen).

VERNEHMLASSUNGEN BUND

Raumkonzept Schweiz

Einleitend wurde beanstandet, der Schutzgedanke nehme im Raumkonzept Schweiz einen weit überproportionalen Raum ein, wodurch die wirtschaftliche Entwicklung in der Südostschweiz und insbesondere in Graubünden erheblich eingeschränkt würde. Bereits heute seien 50 % der Gebietsfläche des Kantons Graubünden in irgendeiner Form unter Schutz gestellt. Wie auch beim Finanzaus-

gleich gefordert, wolle sich der Kanton Graubünden und seine Regionen eigenständig wirtschaftlich entwickeln und damit Wachstum und Wertschöpfung generieren können. Dies sei indessen bei einer einseitigen Hervorhebung des Schutzgedankens nicht möglich und liesse den Kanton Graubünden quasi zum Reservat werden. Dies zeige sich vor allem mit Blick auf die vorgesehene verkehrsmässige Einbindung. Die Südtiroler, welche weit höhere Verkehrsfrequenzen hätten, seien sich der Bedeutung des Verkehrs für den Wohlstand sehr wohl bewusst und profitierten davon. Dazu sei daran erinnert, dass seinerzeit Bayern und Norditalien eine Splügenbahn der NEAT vorgezogen hätten, was beweise, dass zumindest die Option für eine solche Verkehrsverbindung von Stuttgart/München über Zürich via Graubünden nach Mailand/Venedig offen gehalten werden müsse. Dies gelte auch für weitere mögliche Optionen, welche nicht von vorneherein ausgeschlossen werden dürften, insbesondere auch für innerkantonale Verbindungen. Wenn die entlegenen Talchaften weiterhin bewohnt bleiben und Wertschöpfung generieren sollen, dann müssten Schutz und wirtschaftliche Entwicklung zumindest

gleichwertig als Ziel gesetzt werden. Zu den strategischen Stossrichtungen wurde bemerkt, die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der Seitentäler mit ihrer Kulturlandschaft werde vom Grundsatz her akzeptiert, einer Beschränkung auf «sanften Tourismus» bedürfe es indessen nicht. Der Tourismus müsse sich auch in den Tälern nachfragegerecht entwickeln können, ansonsten Investitionen ausbleiben. Die Erreichbarkeit sei nicht nur in den touristischen Zentren sicherzustellen, sondern auch in den Seitentälern, welche Teil des Gesamtsystems Tourismus bildeten. Hingegen seien die Zentren verkehrsmässig besser einzubinden. Abgelehnt wurde die strategische Stossrichtung, neue Ferienresorts und Anlagen (also auch Verkehrsanlagen, Bahnen, Skilifte, Sportanlagen etc.) nur noch in bestehende Strukturen zu integrieren. Damit würden derartige Projekte von vorneherein verhindert, da in der Regel keine ausreichenden Landreserven vorhanden und damit entsprechende Einzonungen notwendig seien. Die Entwicklung der Wasserkraft dürfe nicht von vorneherein in Frage gestellt werden, auch hier müsse eine Interessenabwägung erfolgen. Beim Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperationen müssten auch jene im Misox/

Bergell und dem Tessin sowie im Raume «San Gottardo» aufgeführt werden. Abschliessend wurde die Befürchtung geäussert, das Raumkonzept Schweiz könnte eine unerwünschte Eigendynamik entwickeln und quasi Gesetzescharakter, zumindest aber behördenverbindlichen Richtliniencharakter erlangen.

Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI: Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»)

Aus der Sicht des Kantons Graubünden wurde die Schaffung eines unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF), welcher die Kosten für Betrieb, Substanzunterhalt und Ausbau der Bahninfrastruktur umfasst, begrüsst. Allerdings würden die ersten Ausbauschritte bis 2025 nicht nach den Mobilitätsanforderungen sondern durch die Finanzen bestimmt. Das Investitionsvolumen sollte CHF 5 bis CHF 8 Mia. umfassen und schneller realisiert werden. Bei der Finanzierung des Verkehrs dürften die Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden, diese müssten sich sinnvoll ergänzen. Für eine breitere politische Akzeptanz der Vorlage sei es wichtig, möglichst verbindliche Aussagen auch zur Strassenfinanzierung und zum Infrastrukturfonds zu erhalten. Wichtig sei die inhaltliche und zeitliche Koordination mit anderen Finanzierungsquellen des gesamten Verkehrsbereichs. Durch die aktuellen Vorschläge würden die Bahnfahrer mit Tarifierhöhungen von 10 % bis 12 % erheblich belastet. Zu-

sammen mit der Finanzierung der höheren Betriebskosten sei eine Steigerung von gar 20 % absehbar. Auch sei falsch, dass trotz des steigenden Mehrbedarfs für Unterhalt und Betrieb des Schienennetzes die Bundesmittel keine Steigerung erführen. Es sei Aufgabe des Bundes, dafür zu sorgen, dass das Netz unterhalten und ausgebaut werde. Die Schaffung einer neuen Finanzverflechtung, welche die 2008 in Kraft getretene NFA reduzieren wollte, wurde abgelehnt. Um die Gleichstellung der SBB und der Privatbahnen zu erreichen und die Finanzierungsströme wieder zu vereinfachen, sei eine Variante vorzulegen, welche die vollständige Bundesfinanzierung der Privatbahnnetze enthalte. Die Einführung eines Kantonsbeitrages in den BIF wurde abgelehnt. Bezüglich der Pauschalisierung des Fahrkostenabzuges wurde bemerkt, die Wirtschaft sei an einer «Freizügigkeit» der Arbeitnehmer und damit auch an der Möglichkeit zu pendeln interessiert. Aber auch aus steuersystematischen Gesichtspunkten sei eine solche Pauschalisierung abzulehnen. Auch müsste die Frage der Gewinnungskosten grundlegend diskutiert und gesamthaft betrachtet werden. Es frage sich, warum die Fahrkosten nur beschränkt abziehbar sein sollten, dies im Gegensatz zu den Kosten für die auswärtige Verpflegung. In den Randregionen mit weniger gut ausgebautem öffentlichen Verkehr und mit einer geringeren Anzahl an Arbeitsplätzen vor Ort entspreche die Notwendigkeit des Arbeitsweges nicht nur dem Wunsch nach einer bil-

ligeren Wohnung und einer ruhigeren Wohnlage, sondern dem Umstand, dass dort keine Arbeitsplätze bestünden. Zusammenfassend wurde in der Vorlage eine substantielle Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten der Bahninfrastruktur vermisst. Neben der Erhöhung der Wachstumsrate im Bereich Verkehr auf 4 % wäre vor allem der Verzicht auf die Verzinsung der FinöV-Schulden, eine Verlängerung der Rückzahlungspflicht oder eine (Teil-)Entschuldung vorzusehen.

Bauten ausserhalb der Bauzone

Erfreut wurde zur Kenntnis genommen, dass bezüglich vor 1972 landwirtschaftlich genutzter Gebäude eine Erleichterung eingeführt und solche Bauten ebenfalls zu Wohnzwecken umgenutzt werden können sollen. Die bisherige unsinnige Regelung habe zu viel Leid und Frustration geführt. Diese Umnutzungs- und Umbaumöglichkeiten sei auch aus touristischen Gründen äusserst wichtig, könnten doch damit neue touristische Potentiale erschlossen und Gebäude vor dem Zerfall bewahrt werden. Die vorgesehene Beachtung der Wesensgleichheit wurde indessen als gefährlich erachtet und dem Ziel der Standesinitiative widersprechend. Es sei nicht einsehbar, weshalb bei vormals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden ein strengerer Massstab angelegt werden sollte als bei anderen Gebäuden. Die vorgesehene Regelung in einer Verordnung zeige, dass der Wille, die Standesinitiative getreu dem Wortlaut umzusetzen, offenbar nicht vorhanden sei.

Rechnungslegungsrecht

Eine Verpflichtung zum Konzernabschluss nach einem internationalen anerkannten Standard auch für mittelständische Unternehmen wurde abgelehnt, weil dies viel kosten und wenig nützen würde. Ein öffentliches Interesse am Zwang zur Rechnungslegung nicht börsenkotierter Unternehmen und Konzerne nach international anerkanntem Standard fehle. Die geforderte neue Rechnungslegung würde aber auch dazu führen, dass Familiengesellschaften ihre stillen Reserven offen legen müssten und keine neuen stillen Reserven bilden könnten.

Verordnung über Fernmeldedienste

Die Aufnahme des Breitbandanschlusses für den Internetzugang in die Liste der Grundversorgungsdienste wurde begrüsst. Für kleinere Unternehmen sei es wichtig, eine erschwingliche Breitbandverbindung sicherzustellen. Im Übrigen sei es auch für die Randregionen von grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, ebenso wie die Ballungszentren möglichst rasch über die neuen Kommunikationstechnologien verfügen zu können. Unakzeptabel wurde die Möglichkeit erachtet, den Breitbanddienst reduzieren zu können, wenn der Anschluss aus technischen Gründen keinen Breitbandinternetzugang erlaube oder wirtschaftliche Gründe dagegen sprächen. Diese Regelung lasse zu viel Spielraum und müsse wesentlich restriktiver formuliert werden. Das Angebot soll nur reduziert wer-

den dürfen, wenn ein gleichwertiges Alternativangebot zu einem ähnlichen Preis sichergestellt sei. Nicht akzeptabel schien uns auch die Streichung des Dienstes der Anrufumleitung. Dieser habe vor allem für Randregionen eine gewisse wirtschaftliche Berechtigung, wo kleine Betriebe auf eine zentrale Rufnummer mit diesem Zusatzdienst angewiesen seien. Die Übertragungsraten für Breitbandanschlüsse sei wesentlich zu erhöhen. Dabei gehe es nicht primär um die Datenmenge, sondern vielmehr um die Geschwindigkeit, um Triple-Play-Angebote anbieten zu können.

Swissness-Vorlage

Zusammen mit den übrigen Handelskammern der Schweiz haben wir die Ziele der Vorlage, nämlich der bessere Schutz der Bezeichnung «Schweiz im Ausland» klar befürwortet, wobei aber der Binnenmarkt nicht abgeschottet und der freie Handel nicht übermässig eingeschränkt werden dürften. Die Täuschungsgefahr sei dort gross, wo wegen der Qualität oder Sicherheit auf eine geografische Herkunftsangabe abgestellt werde, zum Beispiel bei verarbeiteten Naturprodukten und gewissen Konsumgütern. Kaum Missbräuche gebe es aber bei Investitionsgütern, weil der Käufer meist sachverständig sei und die Lieferfirma kenne. Für alle industriellen Produkte den minimalen schweizerischen Wertanteil an den Herstellungskosten, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, auf 60 % festzulegen, bringe der arg bedrängten Schweizer Exportin-

dustrie ein zusätzliches, unnötiges Erschwernis, weil schätzungsweise ca. 30–40 % der heutigen Exporte nicht mehr unter dem Swiss-Label erfolgen könnten. Davon wären vor allem KMU und Komponenten-Hersteller betroffen. Dies, weil der Aufwand kleinerer Betriebe für Forschung und Entwicklung, welche zu den berechtigten Kosten gehören würden, erfahrungsgemäss vergleichsweise gering ausfalle. Zudem werde eine unhaltbare Differenz zu den zollrechtlichen Ursprungsregeln geschaffen, für welche die 50 %-Regel gelte. Zahlreiche Unternehmen hätten nur zwei Alternativen: Entweder die Verlagerung der Produktion ins Ausland teilweise rückgängig machen, verbunden mit höheren Produktionskosten und Preisnachteilen im Wettbewerb, oder Verzicht auf die Nutzung der Swissness im Export mit tieferen Verkaufspreisen und tieferer Marge. In beiden Fällen riskierten sie, das Exportgeschäft zu verlieren. Aus diesen Gründen sei das massgebliche Kriterium auf 50 % Schweizer Wertanteil festzulegen und seien höhere Anteile in Branchenlösungen zu regeln. Für die Bündner Trockenfleischproduzenten und die chemische Industrie würde die vom Bundesrat präsentierte Regelung keine Nachteile bringen, zumal ihre Produkte weiterhin als schweizerische ausgelobt werden könnten, dies wegen des ungenügenden Rohstoffvorkommens in der Schweiz für die Herstellung der entsprechenden Produkte.

VERNEHMLASSUNGEN KANTON GRAUBÜNDEN

Teilrevision des Gesetzes über die Familienzulagen

Der Einbezug der selbständig Erwerbenden in das Familienzulagensystem wurde seit jeher bekämpft. Bis ins Jahr 2003 waren die selbständig Erwerbenden fakultativ unterstellt. Im Jahre 2003 sollte eine obligatorische Unterstellung erfolgen, konnte aber durch den Akzept des Lastenausgleichs verhindert werden. Nunmehr erfolgt die Unterstellung der selbständig Erwerbenden aufgrund des eidgenössischen Familienzulagengesetzes obligatorisch, was akzeptiert werden muss. Der kleine Spielraum der Kantone beschränkt sich darauf zu bestimmen, ob innerhalb einer Familienausgleichskasse auf dem AHV-pflichtigen Einkommen der unselbständig Erwerbenden und auf denjenigen der selbständig Erwerbenden der gleiche Beitragssatz erhoben werden muss. Gemäss Vernehmlassungsvorlage soll für Arbeitnehmer und selbständig Erwerbende der gleiche Beitragssatz zu erheben sein, was vorbehaltlos unterstützt wurde. Mit dieser Lösung würden die kantonale Kasse und die privaten Familienausgleichskassen nicht gezwungen, zwei separate Kassen zu führen, was administrativer Unsinn wäre und die Kosten erhöhen würde. Zudem könnten stabile Beitragssätze ohne Schwankungen sichergestellt werden. Schliesslich wurde auch die Solidarität unter den beiden Versicherungsgruppen betont. Dem Argument, selbständig Erwer-

bende würden tiefere AHV-Beiträge bezahlen, wurde auf die Erfahrungen mit der Plafonierung gemäss UVG entgegnet. Schliesslich wurde verlangt, dass sämtliche Unternehmen, welche einem Arbeitgeberverband angeschlossen seien, fortan über die Verbandsausgleichskasse abrechnen müssten.

Totalrevision des kantonalen Waldgesetzes

Die mit dem Gesetz verfolgten Zielsetzungen wurden begrüsst, insbesondere das Bestreben um Vereinfachung der forstlichen Strukturen. Allerdings gingen die vorgeschlagenen Massnahmen zu wenig weit und fehle der Wille für grundlegende Neuerungen und die notwendige Stärkung marktwirtschaftlicher Prinzipien und Anreize zur Zielerreichung. Da beim Bund eine neue Waldpolitik 2020 erarbeitet werde, sei der Zeitpunkt für eine Totalrevision verfrüht. Im Einzelnen wurde beanstandet, es fehle ein klares Konzept, wie die neue Revierorganisation aussehen resp. wie eine solche geführt werden soll. Insbesondere fehle eine klare Definition der Aufgaben und Kompetenzen. Zudem seien die Begriffe nicht einheitlich geregelt oder nicht definiert. Zur Vereinfachung der forstlichen Strukturen bedürfe es griffiger Massnahmen. Zu kleine Forstreviere, welche sich an Gemeindestrukturen orientierten, führten zu einer kleinräumigen Aufsplitterung der Kräfte. Die Forstreviere müssten gemeindegebietsunabhängig eingeteilt und durch Zusammenschlüsse die Kräfte gebündelt



werden. Subventionsbedingte falsche Anreize und Signale bewirkten ineffiziente Strukturen. Wegen der gegebenen Strukturen seien die Förster und Forstingenieure ungenügend ausgelastet. Der Wald müsse vermehrt zum direkten wirtschaftlichen Erfolg des Wirtschaftsstandorts Graubünden beitragen. Dies werde aber erst möglich, wenn ökologische und ökonomische Funktionen auf gleichem Niveau erbracht würden. Die heutige Eigentümerstruktur werde den neuen Anforderungen an die Waldbewirtschaftung und Holzvermarktung nicht mehr gerecht. Sie verzögere mögliche, notwendige Effizienzsteigerungen und erschwere angesichts veränderter Nachfragestrukturen die Vermarktung des Rundholzes, was tendenziell zu unternutzten Wäldern mit den bekannten Folgen führe. Die Abgeltung der hoheitlichen Funktionen mit Leistungsvereinbarungen wurde begrüsst, sofern die Grössenverhältnisse der Forstreviere angepasst würden. Mit der Gesetzesrevision sei sicherzustellen, dass Forstämter nicht Leistungen anböten, welche auch von privaten Gartenbauunternehmen erbracht würden (z. B. Gartenholzerei). Durch die Subventionierung der Bündelungsorganisationen würden die Unternehmer benachteiligt und der Markt verzerrt. Einen Ausschluss der Forstunternehmer von der Holzvermarktung hätte negative Folgen für die Bündner Forstwirtschaft. Die Schaffung einer Waldverkaufsorganisation für alle Waldbesitzer stünde auch im Widerspruch zu den Bestrebungen, die Forstbetriebe

zu vergrössern. Daher seien im Waldgesetz präzise Rechtsgrundlagen für eine Trennung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen vom Aufwand für die wirtschaftliche Holznutzung zu schaffen. Analog zur Regelung im Kanton Bern sollten die Waldeigentümer bezüglich der Haftung und Kosten entlastet werden, und zwar nicht nur im Bereiche der Strassen, sondern auch bezüglich anderer Werke.

Teilrevision der Kantonsverfassung (Gebietsreform)

Die vorgesehene grundlegende Gebietsreform im Kanton wurde begrüsst, auch wenn die vorgeschlagene Gebietseinteilung wohl dem politisch «kleinstmöglichen gemeinsamen Nenner» entspreche und weitergehende, erwünschte Forderungen derzeit politisch kaum durchsetzbar wären. Deswegen wurde auch auf die Favorisierung einer Variante, das heisst acht oder zehn Regionen, verzichtet, weil die Gebietsreform als solche im Vordergrund stehe. Dennoch wurde gefordert, politische Gebietsabgrenzungen sollten sich an den Wirtschaftsräumen und nicht an den raumplanerisch und funktional zusammenhängenden Gebieten orientieren. So betrachtet sei es nicht logisch und aus wirtschaftspolitischer Sicht nicht nachvollziehbar, dass der Wirtschaftsraum von Thusis bis Maienfeld, der eigentliche Wirtschaftsmotor des Kantons, drei resp. gar vier Regionen zugeordnet werden solle. Hier müssten die Wirtschaftsräume gezielt aufgeteilt werden mit Chur als Dienstleistungszentrum und



den umliegenden Gebieten mit entsprechenden Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrieunternehmen. Es wurde diesbezüglich auf die von den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden in Auftrag gegebene Studie «Wirtschaftsperspektiven für die Stadt Chur als Zentrum des Bündner Rheintals» vom 1. Juli 2008 verwiesen.

Teilrevision des Steuergesetzes

Die vorgeschlagenen Änderungen wurden befürwortet, insbesondere die Aufhebung der Limite zur unterschiedlichen Festlegung der Steuerfüsse für natürliche Personen und juristische Personen. Gleichzeitig wurden die Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Bereich der Steuergesetzgebung verdankt.

Erarbeitung von Grundlagen für das Regierungsprogramm und den Finanzplan 2013 bis 2016

Einleitend wurde festgestellt, alle Anstrengungen der Politik müssten darauf hinauslaufen, dass Graubünden auch in Zukunft ein attraktiver und eigenständig handlungsfähiger Wirtschafts- und Lebensraum bleibe. Dazu müsse ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 2 % erreicht werden. Wirtschaftsmotoren mit der höchsten Wertschöpfung seien in allen Regionen zu fördern und stärken. Für die meisten Regionen werde der Tourismus im Vordergrund stehen, aber auch die Verwertung der Energie oder natürlicher Ressourcen. Selbst Bil-

dung und Gesundheit könnten dazu zählen. Wirtschaftspolitische Eingriffe müssten das Ziel haben, solche Branchen zu stärken. Ferner sei darauf hinzuwirken, Regulierungskosten in allen Bereichen, in denen der Kanton autonom sei, massiv zu reduzieren und eine bürgernahe Verwaltung zu führen. In vielen Fällen sei nicht die oft gescholtene Gesetzgebung das Problem, sondern die Rechtsanwendung resp. der Vollzug. Würde der eigene Ermessensspielraum ausgenutzt, könnten viele administrative Hindernisse leicht beseitigt und der Wirtschaft stark geholfen werden. Eine weitere Reduktion der Steuerbelastung bei juristischen und natürlichen Personen sei notwendig. Graubünden mit geringen Standortvorteilen habe wenige Alternativen, um mit anderen Regionen wettbewerbsfähig zu bleiben. Angesichts des beträchtlichen Eigenkapitals sei Begehrlichkeiten Einhalt zu gebieten. Eine Neuverschuldung und Abgabenerhöhung ohne Einführung neuer Aufgaben dürfe nicht hingenommen werden. Zur Verbesserung der Verkehrswege sei die Förderung der Erschliessung auf regionale Zentren zu konzentrieren. Die Optimierung der überregionalen Verkehrsanbindung in die grossen Wirtschaftsräume der Schweiz und ins angrenzende Ausland sei für Graubünden von essentieller Bedeutung. Im Bereich Bildung müssten enorme Anstrengungen unternommen werden, um mit anderen Kantonen, die ähnlich gelagerte Probleme hätten, aber dank ihrer Nähe zu Universitäten oder technischen Hoch-

schulen bessere Möglichkeiten für adäquate Massnahmen hätten, mithalten zu können. Mittel- bis langfristig wäre es falsch, die führenden Schulen im Kanton vor allem auf den einheimischen Markt auszurichten. Schulen müssten auch Leuchtturmfunktion haben, sonst gelinge es nicht, qualifizierte Lehrkräfte zu halten oder ausreichend Studenten anzulocken. Die Bündner Wirtschaft sei auch weiterhin auf Arbeitskräfte mit beruflicher Grundbildung angewiesen. Deswegen wurde die Gewährleistung der Gleichbehandlung von beruflicher Grundbildung und eine Stabilisierung der Maturitätsquote verlangt. Zur Vereinfachung der staatlichen Organisationsstrukturen wurde die Ausrichtung der relevanten Gesetzgebungen darauf verlangt, nicht fusionswillige Gemeinden über die Kürzung von Subventionen zu strafen und zu Gebietszusammenschlüssen zu bewegen.

Totalrevision des Schulgesetzes; Fremdsprachenunterricht

Einleitend wurde beklagt, die aktuelle Fremdsprachensituation in den Sprachregionen sei vor allem für die deutschsprachige Region absolut unbefriedigend. Die Klagen der Unternehmen über einen Fachkräftemangel sowie fehlende Kenntnisse im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik mehrten sich. Aber auch bei den qualifizierten Handwerkern und Fachleuten werde sich der Fachkräftemangel noch weiter akzentuieren. Von der demographischen Entwicklung sei Graubünden

bünden als Randregion stark betroffen. Die Erfahrung mit dem heutigen Fremdsprachenunterricht in Deutschbünden zeige, das auswärtige junge Familien den Weg nach Graubünden vielfach deshalb mieden, weil sie ihren Kindern den Wechsel der Fremdsprache nicht zumuten wollten, dies aber auch aus Mobilitätsgründen. Aus Sicht der Wirtschaft sei ein Festhalten an der geltenden Lösung langfristig unverantwortlich und werde dem Kanton enormen Schaden zufügen. Deswegen mache es Sinn, in einem ersten Schritt zumindest in der deutschsprachigen Region Englisch als erste Fremdsprache einzuführen, womit die markantesten Kompatibilitäts- und Mobilitätshürden abgebaut würden. In einem zweiten Schritt müsse es darum gehen, Französisch als zweite Fremdsprache zu etablieren. Ein Wechsel der Fremdsprachen in der Volksschule werde vielen Lehrkräften Mühe bereiten und dem Kanton Kosten verursachen. Das Beibehalten der jetzigen Lösung würde aber einen weit höheren volkswirtschaftlichen Schaden verursachen und den Kanton längerfristig teurer zu stehen kommen.

Gesetz über Tourismusabgaben

Zum provisorischen Gesetzesentwurf wurde bemerkt, dass – obwohl die Gesamtbelastung der Beherbergungsunternehmen unbestritten sei – konkrete Berechnungsbeispiele eine Kostenumverteilung innerhalb der Hotellerie zeige, die nicht haltbar und namentlich für Betriebe im oberen Segment zu stossenden Ergebnissen führen würde.

Mit dem Wechsel von der Belastung der erzielten Logiernächte zur Kapazität sollen diejenigen Betriebe belohnt werden, die lange Öffnungszeiten und viele Logiernächte hätten. Die vorgeschlagene Lösung würde aber eine stärkere Belastung der Betriebe mit grossen Kapazitäten, hohen Lohnsummen und in der obersten Komfortklasse bringen, welche so dreifach zur Kasse gebeten würden. Diese Ausreisser müssten korrigiert und die Berechnungsmethode überarbeitet werden. Beanstandet wurde sodann die Regelung für die Exportwirtschaft. Gemäss Botschaft sollten nur global tätige Unternehmen befreit sein. Solche gebe es aber in Graubünden gar nicht. Deswegen müsse es ausreichen, wenn ein Unternehmen auch bloss ausserhalb des Kantons exportiere und dabei einen vernachlässigbaren oder fehlenden Tourismusnutzen aufweise. Zudem sei auch nicht definiert, was ein indirekter Tourismusnutzen sei. Sollte darunter das Vorhandensein von Schulhäusern, attraktiven Erholungsgebieten, Sportmöglichkeiten, Schulungsmöglichkeiten oder dergleichen gemeint sein, dann würden letztlich wieder alle Unternehmen, auch die überwiegend exportorientierten, der Tourismusabgabe unterliegen. Überhaupt stelle sich die Frage, ob die Exportindustrie mit einer Kostenanlastungssteuer für den Tourismusnutzen belastet werden dürfe.

Gesetz über Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Das mit dem Gesetz verfolgte Ziel, den Hochschul- und Forschungsstandort

Graubünden langfristig zu sichern und seine Attraktivität zu erhöhen, wurde grundsätzlich sehr positiv aufgenommen. In der vorliegenden Form wurde die Vorlage indessen klar abgelehnt. Es zeigte sich, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen in einigen Bereichen differenzierte, eigenständige Regelungen benötigten und die versuchte einheitliche Regelung nicht zu befriedigen vermag. Nicht akzeptiert wurde die im Vergleich zur heutigen Regelung stark beschränkte Autonomie, insbesondere im strategischen Bereich. Auch müsse die bisher vorgesehene Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft unbedingt beibehalten werden. Eine über einen allfälligen Leistungsauftrag hinausgehende Beschränkung der Autonomie der Institutionen sei schädlich. Gerügt wurden ferner Doppelspurigkeiten mit Bundesregelungen, was im Sinne der Verwesentlichung der Rechtsetzung zu vermeiden sei. Aus der Sicht der Fachhochschulen, insbesondere der HTW Chur, haben wir die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet gesehen, falls die Grundsätze der Freiheit und Einheit von Lehre und Forschung eingeschränkt würden. Studieninhalte und deren Forschungsschwerpunkte seien an den Anforderungen des Arbeitsmarktes auszurichten, was – um auch schnell auf Bedürfnisse reagieren zu können – eine weitgehende operative Eigenständigkeit der Hochschulen erfordere. Gemessen an der von den Hochschulen und Forschungsinstituten ausgehenden Wertschöpfung nehme sich die Unterstützung des Kantons



dieser Institutionen mit CHF 13,6 Mio. sehr bescheiden aus. Vermisst wurde aber auch ein Bekenntnis zur Bedeutung und Förderung der Forschung im Kanton Graubünden und seiner Positionierung im nationalen und internationalen Umfeld. Als unakzeptabel erachteten wir die vorgesehenen Eingriffe in Führung und Organisation der Institutionen. Für den Wirtschaftsstandort Graubünden gefährlich wäre eine Angebotsbeschränkung auf die spezifischen Bedürfnisse der Bündner Wirtschaft. Als fatal erachteten wir die Vorlage für die Forschungseinrichtungen, dies insbesondere wegen der verlangten institutionellen Akkreditierung und die damit verbundene Einmischung in die Autonomie der oftmals von anderen Universitäten getragenen Forschungsinstitute. Eine negative Beeinträchtigung sahen wir aber auch für übrige Ausbildungsstätten und Hochschulen im Kanton, für welche eine kantonale Anerkennung vorausgesetzt würde.

Stimmen und 56,3 % Nein-Stimmen abgelehnt. In Graubünden belief sich der Nein-Stimmenanteil auf 65,6 %.

Bei den Wahlen vom 23. Oktober 2011 wurden die von der Wirtschaft unterstützten Stefan Engler (CVP) und Martin Schmid (FDP) neu als Ständeräte und Heinz Brand (SVP), Silva Semadeni (SP), Josias F. Gasser (GLP), Hansjörg Hassler (BDP) sowie Martin Candinas (CVP) in den Nationalrat gewählt.

ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN

2011 wurden keine kantonalen Sachvorlagen zur Abstimmung gebracht. Auf eidgenössischer Ebene wurde am 13. Februar 2011 über die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt», welche eine Deponierung der Armeewaffen im Zeughaus verlangte, abgestimmt. Die Handelskammer enthielt sich einer Abstimmungsparole. Die Initiative wurde mit 43,7 % Ja-

ZUSAMMENARBEIT



Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden

Seit Juli 2008 sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, hotelieresuisse Graubünden sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden – mit ihren Geschäftsstellen in den gemeinsamen Räumlichkeiten Hinterm Bach in Chur domiziliert. Der regelmässige Gedankenaustausch ist damit institutionalisiert und die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsführern funktioniert ausgezeichnet. Die Durchführung von gemeinsamen Anlässen (Vorstandssitzungen, Puls, Wirtschaftstag etc.), Vernehmlassungen und Eingaben an Behörden oder Positionierungen in der Öffentlichkeit verstärken das Gewicht der Stimme der Wirtschaft. Die Bündner Regierung schätzt diese enge Zusammenarbeit. Sie hat die Dachorganisationen am 3. Mai 2011 zum 14. Mal in ununterbrochener Folge zur gegenseitigen Aussprache eingeladen. Behandelt wurden Massnahmen zur Förderung der Lehrverhältnisse, Reduktion der Steuern für natürliche und juristische Personen, weiteres Vorgehen bei der Gemeinde- und Gebietsreform, Auswirkungen der KMU-Ini-

tiative gegen unnötige Bürokratie und Reglementierung und eine Übersicht über den Stand der Bearbeitung des Gesetzes über die Tourismusabgaben (TAG). Wir bedanken uns bei Jürg Michel, Jürg Domenig, Urs Schädler und Andreas Züllig für die gute Zusammenarbeit.

DACH
ORGANISATIONEN
Wirtschaft Graubünden

PULS

Die GKB, die Südostschweiz, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Bündner Gewerbeverband, hotellerie-suisse Graubünden und die Handelskammer Graubünden sind seit 1997 gemeinsame Herausgeber der Wirtschaftspublikation PULS. Diese befasste sich im Berichtsjahr in zwei Ausgaben mit der Demografie in Graubünden und Cleantech bzw. den Chancen, die daraus für Graubünden entstehen. Daneben werden unter der Marke PULS auch Veranstaltungen organisiert, wie beispielsweise das alljährlich an der Gehla stattfindende Wirtschaftsforum Südostschweiz.



Weitere Partner

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden streben die regelmässige Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen Partnern an. Dazu gehören die Interessengemeinschaft Tourismus (ITG), das Wirtschaftsforum Graubünden, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Graubünden Ferien und diverse Bildungsinstitutionen, vorab die HTW, die ibW Höhere Fachschule Südostschweiz und die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen. In vielen Organisationen sind die Dachorganisationen der Wirtschaft mit ihren Mitgliedern in den Führungsgremien vertreten. Ihnen allen danken wir für die gute Zusammenarbeit. Die von unserem Verband mitunterstützte Volksinitiative «Gebietsreform jetzt» wurde am 10. Mai 2011 vom überparteilichen Komitee mit 4'084 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Anlässlich der Übergabe der Unterschriften betonten die aus unterschiedlichen politischen Lagern zusammengesetzten Initianten, dass sie, trotz aller Differenzen in vielen anderen Politikbereichen, dezidiert der Meinung sind, das Anliegen sei zu wichtig für Graubünden, als dass es wegen politischer Ideologien, politischer Reflexe und Vorurteile verschleppt werden darf. Die Bünd-

ner Wirtschaftsverbände, die Zusammen mit den Gewerkschaften und der SP Graubünden die Initiative eingereicht haben, erhoffen sich eine Unterstützung des Wirtschaftswachstums. Durch Gemeindefusionen sollen rasch zusätzliche Finanzmittel für Entwicklungsprojekte zur Stärkung der Region frei werden. Die Abstimmung über die Initiative wird am 25. November 2012 stattfinden.



VERBANDSAKTIVITÄTEN



Die Haupttätigkeit des Sekretariates bestand auch im Berichtsjahr in der Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an economiesuisse sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner gehörte der Sekretär **Abstimmungskomitees** und **Kommissionen** an, welche wirtschaftspolitisch relevante Themata behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates gehörte die Vertretung des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen.

Beim **Ursprungszeugnis-Dienst** wurden im Berichtsjahr 2402 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 1317),

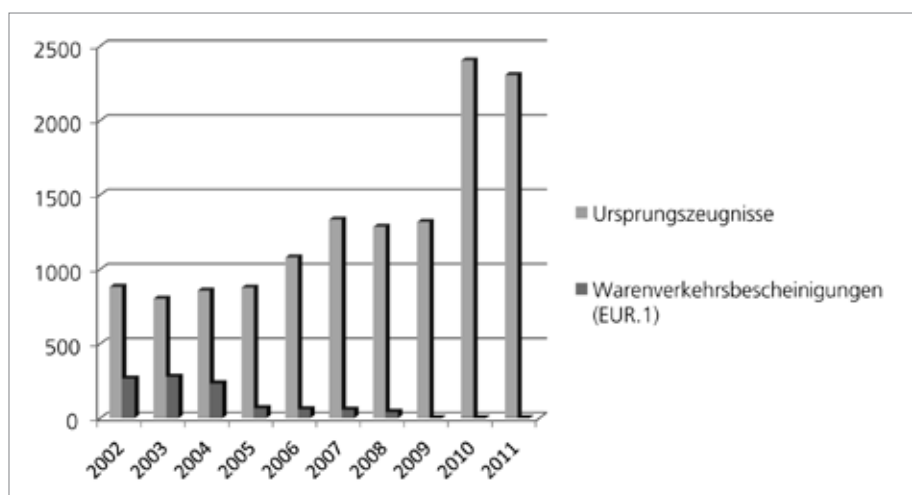
hingegen keine Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 0) beglaubigt. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.

Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres **497** (495) Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 47 Bergbahnen, 82 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Im Berichtsjahr wurden 4 «**HK-News**» herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten. Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereiche des Exports.

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu diversen Fragen und Vorlagen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern



geäussert hat, mit Communiqués bedient. Neuerdings wurde den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden zudem die Möglichkeit eröffnet, sich mehrmals jährlich im «Klartext» des Bündner Tagblatts zu äussern.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereiche des Exportes, des Arbeitsrechtes sowie der Kontaktvermittlung.

Auch im Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner von **OSEC** erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und

Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für Berufsbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentum Liechtenstein angeschlossen. Dieses Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene. Im Rahmen von Vernehmlassungen ist die SIHK insbesondere im Bereich des neuen Rechnungslegungsrechtes, der «Swissness»-Vorlage sowie diversen raumplanerischen Vorlagen aktiv geworden.

Über die Datenbank **SWISSFIRMS** ist es möglich, unsere Mitglieder nach verschiedensten Kriterien zu selektieren und deren Adressen zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS diverse Dienstleistungen an, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

Die **Permanente Konferenz der italienisch-schweizerischen Grenz-zonenhandelskammern** hat im Berichtsjahr nicht getagt.

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedsfirmen

ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 15. November 2012 stand das Referat von Herrn Hans Hess, Präsident Swissmem, zum Thema «Wie geht die Schweizer Exportindustrie mit der aktuellen Frankenstärke um?». Am anschliessenden Wirtschaftsapéro bot sich unseren Mitgliedern und den geladenen Gästen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu drei Sitzungen zusammengetreten. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten oder Zirkulationsbeschlüsse gefasst. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Eine Mutation im Vorstand ergab sich durch die Zuwahl von Martin Gredig, Repower AG, seitens des Vorstandes, ferner durch die Demission von Hansruedi Benz per Ende 2011.

Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus

Die Jahresversammlung des Kassenvorstandes

Dieser trat am 18. Juni 2010 unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher im Personalrestaurant der Ems-Chemie AG in Domat/Ems zusammen.

An dieser Jahresversammlung behandelte und genehmigte der Kassenvorstand die Jahresrechnung 2010, das Budget für das Rechnungsjahr 2011 sowie den Jahresbericht 2010. An dieser Sitzung wurde das Umbauprojekt vorgestellt und der Kredit für den Umbau und den neuen Sever genehmigt.



Beiträge der Versicherungsbranche

Im Berichtsjahr 2011 sind von unseren Mitgliedern CHF 89'816'519.15 an Beiträgen für die AHV-, IV- und EO-Versicherung abgerechnet worden. Davon entfallen CHF 4'450'486.35 auf Beiträge der Selbständigerwerbenden.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden über unsere Kasse CHF 6'773'082.50 mehr Beiträge abgerechnet.

Abgeschrieben, herabgesetzt und zurückgebucht haben wir im vergangenen Jahr Lohnbeiträge und Zinsen in der Höhe von CHF 2'739.95.

Beiträge an die Arbeitslosenversicherung

Die Beitragsabgaben an die Arbeitslosenversicherung haben sich um CHF 2'738'225.45 oder um 15.91% erhöht.

Leistungen der AHV

Im Jahr 2011 haben sich die Auszahlungen für ordentliche AHV-Altersrenten um 2.98% oder CHF 1'836'406.00 erhöht. Dies ist zum Teil auf die ordentliche Rentenerhöhung im 2011 von 1.75% zurückzuführen.

Die AHV-Hilflosenentschädigungen haben sich trotz der ordentlichen Erhöhung nur um 0.38% erhöht.

Leistungen der IV

Für die ordentlichen Invalidenrenten mussten wir im Jahre 2011 CHF 6'271'965.00 aufwenden, das sind CHF 586'258.00, oder 8.55% weniger als im Vorjahr. Nach der Einführung der 5. IVG-Revision werden die IV-Fälle restriktiver abgeklärt und durch Umschulungen versucht man, die Versicherten wieder in die Arbeitswelt einzugliedern.

IV-Taggelder konnten wir im vergangenen Rechnungsjahr CHF 871'928.60 vergüten, was eine Abnahme der Auszahlungen um CHF 74'025.35 entspricht (8.5%). Wir haben 36 Fälle (Vorjahr 53) bearbeitet.

Als Aufwand für die IV-Hilflosenentschädigungen konnten wir CHF 152'160.00 verbuchen. Das sind CHF 5'100.00 mehr als im Vorjahr.

Erwerbsersatz im Militärdienst, Zivildienst, Jugend + Sport

Der Aufwand für Entschädigungen betrug CHF 3'211'937.30 (minus CHF 20'485.50, resp. 0.63%). Nach der neuen Armee reform werden weniger Wehrmänner für den Dienst einberufen.



Mutterschaftsentschädigung

Während des Jahres 2011 haben wir an 85 (Vorjahr 101) Personen Leistungen in der Höhe von gesamthaft CHF 904'697.75 ausgerichtet (minus CHF 24'151.75)

Zusätzlich zu den EO- und Mutterschafts-Entschädigungen musste der AHV-Fonds Beiträge in der Höhe von CHF 246'106.75 ausgleichen.

Kantonale Familienzulagen

Kantonale Familienausgleichskasse Graubünden

Auf den 1. Januar 2009 sind die allgemeinen Kinderzulagen von CHF 195.00 pro Kind und Monat auf CHF 220.00 und für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr von CHF 220.00 auf CHF 270.00 erhöht worden. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2009 1.9% der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Im Jahr 2011 haben unsere Mitglieder CHF 14'008'224.15 an Beiträgen abgerechnet, das sind CHF 478'983.25 mehr als im Vorjahr (plus 3.41%).

An Leistungen haben wir CHF 12'817'946.95 vergütet oder CHF 162'844.30 weniger als im Jahr zuvor (minus 1.27%).

Kantonale Familienausgleichskasse Glarus

Ab 1. Januar 2001 führen wir auch eine Abrechnungsstelle der kantonalen Familienausgleichskasse von Glarus. Auf den 1. Januar 2009 sind die allgemeinen Kinderzulagen auf CHF 200.00 pro Kind und Monat und auf CHF 250.00 für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr erhöht worden. Der Beitragsansatz beträgt seit dem 1.1.2009 1.4% der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder CHF 587'596.65 an Beiträgen abgerechnet. Das sind CHF 30'876.75 weniger als im Vorjahr (minus 5.25%).

Leistungen haben wir CHF 843'296.65 oder CHF 53'133.65 weniger vergütet (6.3%).

Familienausgleichskasse der Ostschweizer Ausgleichskasse für St. Gallen.

Ab 1. Januar 2009 führen wir auch eine FAK-Abrechnungsstelle der Ausgleichskasse Ostschweizer Handel für den Kanton St. Gallen (1 Betrieb).

Die allgemeinen Kinderzulagen betragen CHF 200.00 pro Kind und Monat und CHF 250.00 für in Ausbildung stehende Jugendliche ab dem 16. Altersjahr. Der Beitragsansatz beträgt 1.7% der AHV-pflichtigen Lohnsumme.

Im vergangenen Jahr haben unsere Mitglieder CHF 48'853.40 an Beiträgen abgerechnet.

Leistungen haben wir CHF 15'300.00 ausbezahlt.

Technische Durchführung der Versicherungsweige

Versicherungsausweise und individuelles Konto (IK)

Während des Berichtsjahres haben wir von der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf 11'980 MZR (Meldungen Zentrales Register) erstellen lassen. Das sind 893 weniger als im Vorjahr.

Zusätzlich haben wir 488 Gesamtkontoauszüge an Privatpersonen zugestellt. Davon waren 132 mit einer provisorischen / prognostischen Rentenvorausberechnung zu erstellen.



VERBANDSRECHNUNG 2011

Bilanz

Konto	Bilanz per 31.12.2011		Bilanz per 31.12.2010		Abweichungen
	Aktiven	Passiven	Aktiven	Passiven	
1000 Kassa	116.10		73.90		42.20
1010 Postkonto Chur	158 605.28		119 338.74		39 266.54
1020 GKB Chur Sparkonto	25 001.56		15 498.51		9 503.05
1025 UBS Chur Sparkonto	13 648.69		13 603.34		45.35
1040 GKB Chur	4 619.65		4 642.60		-22.95
1045 CS Chur Sparkonto	1 054.01		1 050.40		3.61
1050 Wertschriften	301 808.00		301 808.00		0.00
1052 Debitoren	76 105.90		38 818.06		37 287.84
1060 ESTV Bern, Vst.	3 659.45		2 759.35		900.10
1070 Bücher	1.00		1.00		0.00
1080 Qualitätsschutzmarke	1.00		1.00		0.00
1300 Trans. Aktiven	33.65		1 121.13		-1 087.48
2000 Kreditoren		17 322.90		25 392.35	-8 069.45
2050 Rückstellungen		70 000.00		30 000.00	40 000.00
2090 Trans. Passiven		0.00		150.00	-150.00
2100 Verbandskapital		497 331.39		443 173.68	54 157.71
Total	584 654.29	584 654.29	498 716.03	498 716.03	

Verwaltungsrechnung

Konto	2011		2010		Abweichungen
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	
Verbandserträge					
3000 Mitgliederbeiträge		138 768.80		121 510.00	17 258.80
3010 Beglaubigungen		142 655.89		145 693.71	-3 037.82
3050 Sekretariatsentschädigung		20 000.00		20 000.00	0.00
3100 Diverse Einnahmen		542.79		4 280.44	-3 737.65
Verwaltungskosten					
5000 Saläre	98 222.40		98 222.40		0.00
5070 Sozialkosten	29 722.50		29 260.95		461.55
6000 Büromiete	4 800.00		4 800.00		0.00
6500 Büromaterial/Drucksachen	12 131.60		15 329.00		-3 197.40
6510 Porti, Telefon	1 931.35		5 529.60		-3 598.25
6520 Abonnemente	2 268.80		2 372.40		-103.60
6540 Formulare	0.00		0.00		0.00
6599 Steuern	3 389.00		3 184.00		205.00
Werbung/Repräsentation					
6600 Inserate und Werbung	3 387.35		11 439.15		-11 439.15
6620 Beiträge	46 310.73		28 065.95		18 244.78
6630 Öffentlichkeitsarbeit	0.00		0.00		0.00
6660 Sitzungs-/Reisespesen	7 023.50		7 007.00		16.50
6670 Veranstaltungen	3 951.35		17 345.15		-13 393.80
6700 Diverse Ausgaben	5 121.00		16 467.70		-11 346.70
Finanzerfolg					
6800 PC-/Bankspesen	254.95		800.85		-545.90
6850 Zinsertrag		10 704.76		8 125.23	2 579.53
Rückstellungen					
6900 Rückstellungen Jubiläum	15 000.00		15 000.00		0.00
6901 Rückstellungen Abstimmungen	25 000.00		0.00		25 000.00
Ergebnis 2011 (2010)	54 157.71		44 785.23		9 372.48
Total	312 672.24	312 672.24	299 609.38	299 609.38	

Revisorenbericht 2011

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision
an die Mitgliederversammlung des Verbandes
Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) des Vereins Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden für das am **31. Dezember 2011** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizerischen Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Chur, 18. September 2012

Capol & Partner AG



Beda Capol

Dipl. Wirtschaftsprüfer
Zugelassener Revisionsexperte

Beilagen:

- Bilanz per 31. Dezember 2011
- Erfolgsrechnung 2011

Verbandsorganisation 2011



VORSTAND

EHRENMITGLIEDER

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld	seit 1966
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.	seit 1987
Otto Beck, Zizers	seit 1990



VON DER GENERALVERSAMMLUNG GEWÄHLT

a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems, Präsident	seit 1993
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur	seit 2005
Engler Peter, Davos Klosters Bergbahnen AG, Davos	seit 2009

b) Mitglieder

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur	seit 2000
Belloli Edy, Ferriere Belloli SA, Grono	seit 1987
Benz Hansruedi, Fleischrocknerei Churwalden AG, Churwalden	seit 2002
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla	seit 2004
Bontognali Livio, Coop Ostschweiz, Gossau	seit 1997
Caprez Christoph, Frostag Food-Centrum AG, Landquart	seit 2002
Monsch Rico, Graubündner Kantonalbank, Chur	seit 1995
Müller Reto, Caviezel AG, Davos	seit 2006
Schnoz Christian, Schnoz AG, Disentis	seit 1987
Strolz Peter, Strolz Mechanik, Fideris	seit 2000
Wieland Andreas, Hamilton Bonaduz AG, Bonaduz	seit 2004
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide	seit 2000

VOM VORSTAND GEWÄHLT

Costa Sandro Dr., Costa AG, Pontresina	seit 2009
Ernst Hansjörg, Ems-Chemie AG, Domat/Ems	seit 2010
Frei Ivo, deep AG, Chur	seit 2008
Jäggi Roland, Kuoni Transporte AG, Chur	seit 2008
Lebrument Susanne, Südostschweiz Mediengruppe AG, Chur	seit 2009
Truffer Pius, Truffer AG, Vals	seit 2007

KOMMISSIONEN

VEU Verkehr, Energie und Umwelt

Edy Belloli, Peter Engler, Roland Jäggi, Ludwig Locher

ASBIK Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation

Dr. Bruno Attinger, Livio Bontognali, Susanne Lebrument

TOURBO Tourismus, Boden, Planung. Land- und Forstwirtschaft

Dr. Sandro Costa, Rico Monsch, Reto Müller, Pius Truffer, Andreas Züllig

FIWIS Finanzen, Wirtschaft, Steuern

Ludwig Locher, Rico Monsch



RECHNUNGSREVISOREN

Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol & Partner AG, Chur

seit 2002

André Thomas, Müntener & Thomas,

Personal- und Unternehmensberatung AG, Chur

seit 2002



Stellvertreter

lic. iur. Michel Peder, Geschäftsführer BeniPederConsulting AG, Chur

seit 2011



SEKRETARIAT

Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur

seit 1985

Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Chur

Sinaida Schlegel-Foresta, Chur

Brügger Gianina, Chur

DELEGATIONEN

Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie

Ludwig Locher, Präsident; Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Jürg Poppel, Christian Schnoz, Peter Strolz, Mitglieder

Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden (ITG)

Peter Engler

Kreisprüfungskommission Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle (Manor)

Schulrat Kaufmännische Berufsschule Chur

Dr. iur. Marco Ettisberger, Elvira Knecht (GKB), Dr. med. dent. Christoph Loher (Graubündner Zahnärztesgesellschaft)

Interessengemeinschaft kaufmännische Grundausbildung Graubünden (IGKG)

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Ludwig Locher, Präsident

Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)

Ludwig Locher

ibW Höhere Fachschule Südostschweiz

Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen

Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

Koordinationsgremium für die KMU-Politik

Christoph Caprez

Kantonales Einigungsamt

Dr. iur. Marco Ettisberger, Obmann

Redaktion «PULS»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Marke «graubünden»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähige Tourismusstrukturen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Stiftungsrat Wirtschaftsforum Graubünden

Ludwig Locher

Internationale Regierungskommission «Alpenrhein»

Peter Engler

**Arbeitsgruppe «Swissness» der Schweizerischen Industrie- und
Handelskammern (SIHK)**

Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe «Investitionshemmnisse» von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger

Infrastrukturkommission von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger

Kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Comitato di sorveglianza Interreg Italia-Svizzera

Dr. iur. Marco Ettisberger



